

ENDLICH MACHEN – KOMMUNEN STÄRKEN

Vorschläge für eine Politik, die Probleme löst

*Autor*innenpapier von Britta Haßelmann, Katharina Dröge, Andreas Audretsch, Misbah Khan,
Konstantin von Notz und Julia Verlinden*

30. Oktober 2025

Das Bild der Städte und Gemeinden entsteht durch das vielfältige Engagement der Menschen vor Ort – die hier leben und arbeiten, die Läden, Cafés oder Handwerksbetriebe führen, Unternehmen gründen, sich bürgerschaftlich und ehrenamtlich engagieren und damit das Leben in ihrer Stadt prägen. Bürger*innen-Initiativen, Nachbarschaftshilfen, Wochenmärkte und Kulturfeste machen unsere Kommunen lebendig und solidarisch. Deutschlands Städte und Gemeinden leben von aktivem bürgerschaftlichen Engagement, vom Einsatz für das Gemeinwesen, für Vielfalt und Demokratie.

Das alles funktioniert nur, wenn auch ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind. Bürger*innen-Initiativen brauchen Räume, Feste und Märkte funktionierende Verwaltungen für die Genehmigungen. Wenn Stadtpolitik nur aus Kürzungsentscheidungen und Mangelverwaltung besteht, kann nichts Neues erwachsen, können Probleme nicht angegangen werden. Genau das passiert gerade: Kommunen bluten finanziell aus, es herrschen Rekorddefizite und Investitionsstau und es ist keine Besserung in Sicht. Wie angespannt die Lage ist, zeigt auch der Brandbrief der 13 Oberbürgermeister*innen.¹

Von Aurich bis Oberstdorf, von Aachen bis Görlitz finden sich landauf, landab viele schöne Kommunen, in denen die Menschen gut und gern leben und auf die sie zurecht stolz sind. Doch vielerorts zeigen sie die Folgen der angespannten Kassenlage: marode Straßen, dunkle Unterführungen, vermüllte Viertel, Bahnhöfe an denen Wohnungslosigkeit und sozialer Not, geschlossene Geschäfte und Kneipen, verödete und leere Innenstädte sichtbar sind. Das prägt das Sicherheitsgefühl vieler Menschen, besonders bei Familien, älteren Menschen, Frauen, Menschen jüdischen oder muslimischen Glaubens, Menschen mit Migrationshintergrund oder queeren Menschen.

In den Kommunen bricht die soziale Infrastruktur weg, weil Jugendeinrichtungen schließen müssen und Sozialarbeit zusammengestrichen wird. Die Polizei ist vielerorts so überlastet,

¹ <https://www.stuttgart.de/pressemitteilungen/2025/oktober/gemeinsamer-brief-zur-konnexitaet-hauptstaedte-aller-flaechenlaender-fordern-von-bund-und-laendern-auskoemmliche-finanzierung-der-uebertragenen-aufgaben-6831993.php.media/437942/Ansreiben-der-OBs-zur-Konnexitaet-an-Bundes-und-Landesregierungen.pdf>



dass es gerade an Bahnhöfen und anderen kriminalitätsbelasteten Orten kaum noch möglich ist, die nötige Präsenz zu zeigen. Dabei wäre gerade hier Präsenz vor Ort und ein konsequentes Einschreiten gegen Kriminalität erforderlich, damit sich Menschen sicher fühlen können.

Die Aussagen von Friedrich Merz über das Stadtbild waren verletzend. Ein Kanzler darf das Land nicht spalten, er darf nicht unterscheiden aufgrund äußerlicher Merkmale, wer zu Deutschland gehört und solche Ressentiments schüren. Vom Bundeskanzler erwarten wir, dass er alle Menschen im Land vertritt.

Und der Kanzler muss ernsthaft dafür arbeiten, das Stadtbild in Deutschland zu verbessern. Ganz konkret. Es geht um unsere Städte und Gemeinden, um die Orte, an denen wir leben, arbeiten, uns begegnen und diskutieren. Wer diese Orte stärkt, stärkt unser Land.

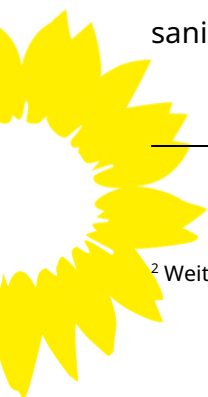
Die Koalition aus Union und SPD tut das nicht. Statt in Infrastruktur, in Straßen, Schulen und Kitas zu investieren, verpulvert die Regierung das Geld aus dem Sondervermögen für Wahlgeschenke und Steuererleichterungen für Besserverdienende. Soziale Fragen werden verschärft, dabei ist gut belegt, dass gerechtere Gesellschaften zu weniger Kriminalität neigen. Gleichzeitig werden Kommunen weiter überlastet. Und Polizeiressourcen werden für symbolische Grenzkontrollen vergeudet, während die Präsenz vor Ort fehlt.

Wir müssen endlich ins Machen kommen. Friedrich Merz und die Bundesregierung sollten jetzt handeln – mit fünf konkreten Schritten für starke, sichere und lebenswerte Städte und Gemeinden.

1. Die Finanznot der Städte und Kommunen beenden²

Die Finanzlage der Städte und Kommunen ist dramatisch. Die Kommunen in Deutschland haben 2024 mit etwa 25 Milliarden Euro Defizit zu kämpfen, das größte Minus in der bundesdeutschen Geschichte. So ist kaum eine Kommune, kaum eine Stadt noch voll handlungsfähig. Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität hatte die aktuelle Bundesregierung die Riesenchance, das Leben der Menschen vor Ort zu verbessern, in Brücken und Radwege, Ämter und saubere Spielplätze, in Klimaschutz zu investieren. Allein der Investitionsbedarf für den Erhalt und die Erweiterung von kommunalen Straßen, Wegen und des Schienennetzes beläuft sich auf rund 372 Mrd. Euro. Gleichzeitig sind 25.000 Kitas bzw. Schulen stark sanierungsbedürftig – gemittelt also mehr als zwei in jeder Kommune. Besonders betroffen von Kürzungen ist auch die Kultur. In den Jahren von 2013 bis 2023 mussten über 1.300 Bibliotheken schließen, viele Jugendeinrichtungen sind sanierungsbedürftig.

² Weitere Einzelheiten in unserem Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/013/2101310.pdf>





Die Bundesregierung hat Milliarden Euro, um Probleme zu lösen. Aber sie verschärft die Probleme mit pauschalen Steuersenkungen, die Milliarden-Löcher in die Haushalte der Länder und Kommunen reißen. Bis 2029 fehlen gesamtsstaatlich ca. 46 Milliarden Euro Einnahmen, ab den 2030er Jahren werden jedes Jahr ca. 25 Milliarden Euro fehlen - die Hälfte davon in den Ländern. Das wird weitere Kürzungen vor Ort nach sich ziehen.

Die Bundesregierung sollte den Kommunen sofort und dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, die mit steigenden Ausgaben in den Kommunen anwachsen. Geeignet wäre etwa eine deutliche Anpassung der Umsatzsteueranteile zu Gunsten der Kommunen. Außerdem müssen Kommunen dringend entschuldet werden: der Ankündigung des Kanzlers, dass jetzt eine Lösung für Anfang 2026 kommt, müssen endlich Taten folgen. Handlungsfähige Kommunen sind die Voraussetzung dafür, dass öffentliche Räume für alle gestaltet werden können, dass Bus und Bahn in gutem Zustand sind und die Städte sich auf die Zukunft vorbereiten können, dass soziale Projekte und Kultureinrichtungen nicht schließen müssen, dass ein Miteinander vor Ort gelingt und alle faire Chancen bekommen.

2. Soziale Infrastruktur sichern³

Jugendclubs und Streetwork, soziale Einrichtungen, Kulturräume und Bibliotheken – all das ist Voraussetzung dafür, die Situation vor Ort zu verbessern. Gelder für Sozialarbeit, soziale Einrichtungen, Integrations- und Inklusionsprojekte sind sogenannte „freiwillige“ Ausgaben der Kommunen und keine Verpflichtungen per Gesetz. Entsprechend wird häufig auch hier der Rotstift angesetzt, was die Lage in den Städten und Gemeinden dramatisch verschärft. Soziale Initiativen, bürgerschaftliches Engagement und Begegnungsorte sind jedoch der Schlüssel für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für lebenswerte Städte und Gemeinden.

Richtig wäre, dass der Bund sich an den Kosten der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit stärker beteiligt, um eine faire Aufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu erreichen. Der Bund sollte zusätzliche Mittel für das Investitionsprogramm Ganztagsausbau für den Aufbau ausreichender Plätze in der Ganztagsbeschulung zur Verfügung stellen und gemeinsam mit den Ländern allen Kindern und Jugendlichen in der Schule ein kostenfreies und gutes Mittagessen garantieren. Eine gute Arbeit mit Jugendlichen ist die Voraussetzung dafür Perspektiven zu öffnen, statt junge Menschen denen zu überlassen, die Radikalisierung im Blick haben.

Menschen in akuten Notlagen brauchen Anlaufstellen und Hilfen. Im öffentlichen Raum wird Armut, Wohnungslosigkeit und Drogenkonsum sichtbar. Gerade Letzteres trägt auch zu einem Unsicherheitsgefühl bei. Daher braucht es Angebote für Prävention, Therapie und Gesundheitsschutz. Gerade für Menschen ohne Krankenversicherung. Menschen müssen

³ Vgl. auch: <https://jugendhilfeportal.de/artikel/offener-brief-an-bundeskanzler-merz-zu-kostensteigerungen-in-der-kinder-und-jugendhilfe>



unterstützt werden, damit sie gar nicht erst abhängig werden, oder mehr Hilfe erhalten, wenn sie suchtkrank sind. Geschützte Bereiche für einen sicheren Konsum, verbunden mit dem Zugang zu Hilfsangeboten, Streetwork und aufsuchender Sozialarbeit können beitragen, Drogenkonsum im öffentlichen Raum zu verringern und die Situation an belasteten Orten deutlich zu verbessern.

3. Sicherheit für alle

Deutschland ist grundsätzlich ein sicheres Land. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, müssen sie sicher sein und sich sicher fühlen. Es gibt Räume, in denen das nicht für alle gewährleistet ist. Um die Sicherheit und Freiheit von uns allen zu schützen, ist ein starker Rechtsstaat fundamental. Wir brauchen eine personell und technisch gut ausgestattete Polizei. Auch die Justiz müssen wir stärken. Um unsere Behörden für sicherheitspolitisch raue Zeiten zu wappnen, haben wir uns im Rahmen der Reform der Schuldenbremse für eine Ausnahme auch im Bereich der Inneren Sicherheit stark gemacht. Diese Möglichkeiten muss die Bundesregierung nutzen. Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung bleibt es, Straftaten durch gute Prävention und soziale Infrastruktur zu verhindern, bevor sie begangen werden.

Sicherheitsprobleme in den Städten haben viel mit Organisierter Kriminalität (OK) zu tun: Drogenhandel, Geldwäsche, Cybercrime, Menschenhandel, rechtsextreme OK-Strukturen und mafiöse Netzwerke. Von der Drogenschwemme in Europa profitieren die Hintermänner, während Menschen in die Abhängigkeit von immer gefährlicheren Drogen getrieben werden und ihr Leben sich nur noch um die Sucht dreht. In die Bekämpfung muss die Bundesregierung einen viel stärkeren Schwerpunkt legen, um die Strukturen der OK zu zerschlagen. Dazu gehören mehr Personal, spezialisierte Schwerpunktstaatsanwaltschaften und rechtsstaatliche Befugnisse, um kriminelles Vermögen aufzuspüren und einzuziehen.

Auch der besorgniserregende Anstieg politisch motivierter Kriminalität führt dazu, dass Menschen sich nicht mehr sicher fühlen: Jüdinnen und Juden, queere Menschen, Musliminnen und Muslime, Menschen, die sich ehrenamtlich politisch engagieren und andere Menschen, die nicht in das Weltbild der Extremisten passen, werden nur aus diesem Grund angegriffen. Das darf unsere Gesellschaft niemals hinnehmen. Wir brauchen einerseits eine konsequente rechtstaatliche Verfolgung, andererseits aber auch mehr politische Bildung und Prävention. Denn Hass und Gewalt können wir nur bekämpfen, indem wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und das Miteinander stärken. Schon lange ist ein Demokratiefördergesetz überfällig, das gerade für die Präventionsarbeit in den Kommunen von großer Bedeutung wäre.

Besonders häufig sind Bahnhöfe Orte, an denen viele Menschen aufeinandertreffen, gerade auch Menschen in Problemlagen. Zuständig für die Sicherheit an Bahnhöfen ist die Bundespolizei, der zurzeit nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei 3.000 bis 4.000 Beamtinnen und Beamte an Bahnhöfen fehlen, weil sie stattdessen mit sinnfreien und rechtswidrigen Grenzkontrollen beschäftigt sind. Anstatt gesamteuropäische Lösungen





anzustreben, verpulvert Innenminister Dobrindt so Ressourcen der Bundespolizei. Er könnte diesen Zustand sofort beenden und so die Sicherheit an Bahnhöfen schlagartig erhöhen. Damit sich alle Menschen sicher fühlen können, ist besonders an Bahnhöfen und Hotspots Präsenz und ein konsequentes Einschreiten der Polizei gegen Kriminalität erforderlich.

4. Schutz von Frauen – im öffentlichen Raum und überall

Es gibt öffentliche Orte in unseren Städten, an denen sich insbesondere Frauen unsicher fühlen. Dazu gehören Schulen, der Arbeitsplatz, aber auch die U-Bahn und schlecht beleuchtete Unterführungen, Wege und Parks. Für die meisten Frauen sind Diskriminierung und sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum ein Teil ihres Alltags. Wir dürfen das nicht länger als gegeben hinnehmen. Um das zu ändern braucht es Maßnahmen auf allen Ebenen.

Öffentliche Räume müssen so gestaltet werden, dass Gefährdungen minimiert werden – zum Beispiel durch Stadtentwicklung mit der Perspektive von Frauen, gute Beleuchtung, mehr Präsenz der Polizei oder Überwachung an belasteten Orten. Eine bessere Datenerhebung schafft die Grundlage für mehr Prävention - und wenn etwas passiert, muss die Strafverfolgung konsequent sein, mit schnellen Verfahren.

Wir brauchen ein gesellschaftlich klares Bekenntnis, dass verbale sexuelle Belästigung und Diskriminierung kein normaler Umgang und kein Kompliment sind. Sexuelle Belästigung durch Männer kommt aus allen Bevölkerungsgruppen. Wenn die Union die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum tatsächlich politisch priorisieren will, soll sie den Vorschlag von Justizministerin Hubig, Catcalling zum Straftatbestand zu machen, nicht kategorisch zurückweisen und mehr in Infrastruktur zum Schutz von Frauen investieren.

Der gefährlichste Ort für Frauen ist nicht der öffentliche Raum, sondern ihr eigenes zu Hause. Jede Frau, die von häuslicher Gewalt betroffen ist, muss Zugang zu einer Schutzeinrichtung erhalten. Mit der Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes Anfang des Jahres haben wir einen Meilenstein beim Schutz von Frauen erreicht, weil der Bund hiermit zum ersten Mal Verantwortung für den Schutz gegen häusliche Gewalt übernommen hat. Mit diesem Gesetz wird erstmals ein individueller Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung geschaffen, der ab dem 1. Januar 2032 gilt. Bis dahin muss noch viel passieren. In Deutschland fehlen noch immer 14.000 Frauenhausplätze. Außerdem braucht es mehr Prävention, die sich an potenzielle Gewalttäter richtet. Wir haben in der vorherigen Bundesregierung erreicht, dass der Bund sich bis 2036 mit 2,6 Milliarden Euro am Ausbau der Strukturen beteiligt. Das Geld muss nun fließen. Jeder Platz mehr gibt Frauen in Not vor Ort mehr Schutz. Jede Investition in Täterarbeit trägt nachhaltig zum Schutz von Frauen bei.

5. Mietwucher unterbinden, Leerstand bekämpfen, attraktive Innenstädte bewahren

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist die größte soziale Krise vor Ort. Grassierende Mieten sorgen bei vielen Menschen für Angst, sich die eigene Wohnung bald nicht mehr leisten zu können. Gerade für Menschen mit geringen Einkommen drohen Mietschulden, Verdrängung



oder gar Wohnungslosigkeit. Auf der anderen Seite lassen Immobilienkonzerne Wohnblocks leer stehen oder verwahrlosen, hinzu kommen unhaltbare Zustände und Ausbeutung in Schrottimmobilien. Für wohnungslose Menschen gibt es zu wenige Anlaufstellen und fehlende Perspektiven auf ein dauerhaftes Zuhause.

Es ist die Folge des Geschäftsmodells einiger Immobilienkonzerne und Einzelpersonen, die nicht auf das Wohl der Menschen zielen, sondern nur auf das schnelle Geschäft. Diese Geschäftsmodelle wollen wir unterbinden, indem wir die Spekulation mit Wohnraum eindämmen. Es darf nicht mehr sein, dass Unternehmen Wohnblocks steuerfrei aufkaufen, die Wohnungen dann herunterwirtschaften, nur um sie mit Gewinn steuerfrei wieder zu verkaufen. Um das zu unterbinden, sollte die Bundesregierung zum einen die sogenannten Share-Deals und zum anderen die Spekulationsfristen abschaffen.⁴

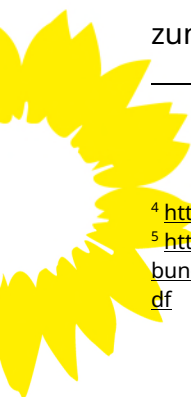
Die Bundesregierung sollte die Ausbeutung von Menschen im Bürgergeld gezielt bekämpfen. Teils werden einzelne Matratzen zu horrenden Preisen vermietet, Menschen leben in unhaltbaren Zuständen, bedroht das Dach über dem Kopf zu verlieren. Die Bundesregierung sollte die Jobcenter befähigen, hart gegen Mietwucher und Verstöße gegen die Mietpreisbremse vorzugehen. So ließe sich auch Geld sparen. 17,7 Milliarden Euro wendet der Staat jährlich für die Kosten der Unterkunft auf. 2011 waren es noch knapp 14 Milliarden Euro, obwohl es damals mehr Menschen gab, die Leistungen bezogen.

Neben diesen schnell umsetzbaren Maßnahmen muss das Problem an der Wurzel gepackt und gelöst werden: durch eine funktionierende Regulierung der Mieten, die dem Mietwucher einen Riegel vorschiebt, durch Anreize für Gemeinwohl-Vermietung und ein großes Um- und Neubauprogramm für bezahlbaren Wohnraum.⁵ Das Wohngeld haben wir in der letzten Legislatur reformiert, jetzt muss die Inanspruchnahme verbessert werden. All das sind Maßnahmen, um Obdachlosigkeit effektiv vorzubeugen und für wohnungslose Menschen überhaupt wieder eine Chance auf ein eigenes Zuhause zu geben.

Viele Menschen denken bei „Stadtbild“ zuallererst an Innenstädte, die geprägt sind von geschlossenen Geschäften, verwaisten Shopping-Centern und Fußgängerzonen mit Leerstand. Wir brauchen attraktive Innenstädte als lebendige Orte mit hoher Aufenthaltsqualität, die man gut erreicht und in denen man eine ganze Vielzahl von Angeboten für Kultur, öffentliches Leben oder zum Einkaufen findet. Wir wollen vielfältige Innenstädte mit ihrer spezifischen Eigenart und vielfältige Orte der Begegnung. Denn die immer weiter von Leerstand betroffenen Innenstädte und Ortskerne oder öde Quartiere mit den immer gleichen Ladenketten und anonymen Bürogebäuden bedeuten nicht nur einen zunehmenden Verlust an Attraktivität und Identität. Daher sollte die Bundesregierung ein

⁴ <https://dserver.bundestag.de/btd/21/020/2102028.pdf>

⁵ https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/dateien/downloads/beschl%C3%BCsse/Fraktionsbeschluss_Pakt_f%C3%BCr_bezahlbares_Leben_final.pdf





Gewerbemietrecht einführen, das für Kleingewerbe einen Mietrechtsschutz und eine Mietpreisbremse für Kleingewerbe und soziale Einrichtungen in bestehenden Immobilien ermöglicht. Wir wollen das Baurecht dahingehend vereinfachen, dass leichter gegen Leerstand vorgegangen werden kann und hierfür die Anwendung der Innenentwicklungsmaßnahmen vereinfachen.

Ganz konkret etwas tun und unsere Städte und Gemeinden unterstützen – darum geht es uns.

